

Nehmt Flüchtlinge auf oder zahlt!

Zäune, Quoten und Obergrenzen lösen Europas Flüchtlingsproblem nicht. Wir müssen uns unserer rechtlichen und moralischen Verantwortung bewusst werden – und die Kosten fair zwischen den EU-Mitgliedsländern aufteilen

Von Dennis J. Snower

Weltweit waren seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht wie jetzt. Allein vier Millionen Syrer haben ihre vom Bürgerkrieg zerrissene Heimat verlassen auf der Suche nach einer besseren, lebenswerten Zukunft. Auch im Irak, in Afghanistan und vielen weiteren Ländern sind Millionen von Menschen auf der Flucht. Die meisten von ihnen haben ein Ziel: Europa. Millionen sind schon gekommen, weitere Millionen werden ihnen folgen.

Der Ruf nach Obergrenzen wird immer lauter, viele Länder haben bereits Grenzen definiert, wie viele Flüchtlinge sie bereit sind aufzunehmen. Doch Obergrenzen sind nicht geeignet, um das Flüchtlingsproblem zu lösen. Denn zum einen sind sie nicht legitim – und zum anderen führen sie nicht zum Ziel. Die Asylgesetze sind Teil der EU-Verträge und garantieren jedem Menschen Asyl, der vor Verfolgung und schwerem Leid flüchtet. Asyl ist ein fundamentales Recht gemäß der Genfer Konvention – und dieses Recht kennt auch keine Obergrenze.

Das Recht auf Asyl gilt genauso unbegrenzt wie das Recht auf staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Alle Arbeitslosen werden unterstützt, es wäre absurd, hier eine Obergrenze einzuführen. Und im Asylrecht sind die EU-Mitglieder dazu verpflichtet, allen Menschen, die ein Recht auf Asyl haben, dieses auch zu gewähren. Angela Merkel hat das verstanden – ihre Kritiker nicht. Ihre Weigerung, eine Obergrenze zu definieren, hat nichts mit „moralischem Imperialismus“ zu tun, wie es etwa der ungarische Ministerpräsident Victor Orban formuliert hat. Sie hält sich schlicht an geltendes Recht.

Warum wird die Unterstützung für Arbeitslose ohne Obergrenze akzeptiert, die Unterstützung für Flüchtlinge aber nicht? Der wesentliche Grund dafür ist, dass ein Arbeitsloser als „einer von uns“ gesehen wird, ein Flüchtling aber als „Fremder“. Die erste politische Herausforderung besteht nun darin, unser soziales Bewusstsein in Einklang mit unseren rechtlichen Verpflichtungen zu bringen; also den Kreis an Menschen zu erweitern, für die wir uns verantwortlich fühlen. Dafür müssen wir verlangen, dass ein paar unabwendbare ethische Prinzipien als gültig anerkannt werden: Es ist nicht akzeptabel, Flüchtlinge ertrinken oder erfrieren zu lassen. Es ist nicht akzeptabel, sie abzuschieben, wenn ihnen der Tod oder unglaubliches Elend droht.

Auch die derzeit vieldiskutierte und maßgeblich von Deutschland vorangetriebene Quotenregelung zur Verteilung der Flüchtlinge innerhalb Europas erscheint wenig sinnvoll. Denn schließlich hat das Schengen-Abkommen, das Teil der EU-Verträge ist, die EU mit Ausnahme Großbritanniens und Irlands in Sachen Reisefreiheit zu einem Staat verschmelzen lassen. Das würde es auch Flüchtlingen ermöglichen, die europäischen Grenzen jederzeit wieder zu passieren, um in ihr Wunschland zurückzukehren. Doppelte Registrierungen sind schließlich, wie die vergangenen Monate gezeigt haben, alles andere als unmöglich.

Zäune können die Menschenströme ebenfalls nicht stoppen. Kriege, Verfolgung und bittere Armut haben die derzeitige Migrationswelle ausgelöst – und sie werden nicht enden, nur weil wir Zäune bauen. Und die Not der Flüchtlinge verschwindet auch nicht, nur weil wir sie daran hindern, Europa zu erreichen. Wir müssen ihre Not lindern. Dafür brauchen wir Lösungen innerhalb und außerhalb der europäischen Grenzen.

Für die Versorgung der Flüchtlinge innerhalb der EU wäre es sinnvoll, wenn Europa sich darauf verständigte, wie die Kosten gerecht geteilt werden können. Dies könnte auch auf EU-Ebene geschehen. Dafür würde das EU-Budget durch die Mitgliedsländer je nach Leistungsfähigkeit aufgestockt, und die Gelder würde je nach Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge verteilt. Das wäre eine Hilfe für diejenigen Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Zusätzlich würde es dazu beitragen, Widerstände in der Bevölkerung zu verringern.

Außerhalb der europäischen Grenzen wäre es denkbar, mit EU-Mitteln Ausbildungs- und Beschäftigungs-Cluster in den syrischen Nachbarländern, insbesondere in der Türkei, Jordanien und dem Libanon aufzubauen. Dort würden die Qualifikationen der Flüchtlinge erfasst und durch entsprechende Ausbildung verbessert. Ein Teil der Flüchtlinge könnte dann legal nach Europa einreisen und hier beschäftigt werden. Andere würden vor Ort beschäftigt. Arbeitgeber würden angelockt, indem dort Sonderwirtschaftszonen entstehen mit Lohn- und Steuersubventionen und zollfreier Einfuhr in die EU.

Für solche Initiativen müssten kurzfristig massive Finanzhilfen und andere Unterstützung für den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur bereit gestellt werden. Doch alternativ würden diese Kosten für die Flüchtlingsversorgung innerhalb Europas anfallen. Wenn es gelänge, einen Teil der Flüchtlinge im hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren und andere durch Beschäftigung vor Ort von einer Flucht nach Europa abzuhalten, würden sich alle diese Investitionen auszahlen.

Es ist die Aufgabe der EU-Mitgliedsstaaten den richtigen Mix aus Unterstützung der Flüchtlinge innerhalb Europas und vor Ort festzulegen. Da ist eine schwierige Aufgabe voller Unwägbarkeiten. Aber sie unterscheidet sich nicht grundsätzlich von vielen anderen großen Investitionsvorhaben oder sozialpolitischen Entscheidungen, die wir regelmäßig zu treffen haben.

Die Flüchtlingskrise ist lösbar, wenn wir die Emotionen in der Diskussion zurückdrängen und sie als Managementaufgabe betrachten, die uns aus rechtlichen und vor allem humanitären Gründen gestellt ist.

Der Autor ist Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel

Der Beitrag erschien in leicht veränderter Fassung am 22.12.2015 als Gastkommentar in der Rubrik MeinungsMacher auf manager-magazin.de.

.....

 **INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT**
KIEL INSTITUTE FOR THE WORLD ECONOMY

www.ifw-kiel.de –    

.....